

Dramtische Situation in Israel nach der Veröffentlichung des Libanon-Untersuchungsberichts

Die politische Situation in Israel ist derzeit so unübersichtlich wie lange nicht mehr. Die Auswirkungen der Veröffentlichung des ersten Teils des Winograd-Untersuchungsberichtes zum Libanonkrieg sind noch nicht wirklich abzusehen. Schon jetzt hat der Bericht eine tiefe Krise ausgelöst. Im Moment sieht es aber danach aus, dass Olmert weiterhin die Unterstützung seiner Fraktion erhält, Mehrheiten für seine Regierung sichern und dem öffentlichen Druck standhalten kann. Dies kann sich aber auch kurzfristig ändern.

In dem jetzt veröffentlichten Bericht hatte eine Untersuchungskommission unter dem ehemaligen Richter am Obersten Gericht, Elijahu Winograd, insbesondere Premierminister Olmert, Verteidigungsminister Peretz und Generalstabschef Halutz persönlich für schwerwiegende Fehler bei Entscheidungen im Vorfeld und während der ersten Tages des Libanonkrieges verantwortlich gemacht. Olmert hatte diese Untersuchungskommission auf Druck der Öffentlichkeit eingesetzt, sich aber damals nicht auf eine staatliche Kommission mit weiter reichenden Kompetenzen eingelassen. Von der Winograd-Kommission wurde ein kritisches Urteil erwartet – dass es so hart ausfallen würde, hat jedoch überrascht.

Premierminister Olmert hatte daraufhin sofort mitgeteilt, dass er keinen Grund sehe, zurückzutreten. Im Gegenteil: seine Regierung sei am besten geeignet, die Vorschläge der Winograd-Kommission jetzt umzusetzen. Olmert hat nun dafür einen Ausschuss eingesetzt und Amira Dotan – eine Kadimaabgeordnete, welche auch den Rücktritt Olmerts gefordert hatte, beauftragt, die Umsetzung der Winograd-Vorschläge zu überwachen. Olmert will die Krise offenbar aussitzen.

Ende Juli/Anfang August soll der zweite Teil des Winograd-Berichtes veröffentlicht werden. Darin geht es dann u.a. um die Kriegsführung, den Umgang mit der israelischen Bevölkerung und diplomatische Bemühungen. Dies könnte ein noch härteres Urteil über die Akteure nach sich ziehen, weil sich schon damals die öffentliche Kritik vor allem auf die Kriegsführung und den Umgang mit der „Heimatfront“ richtete. Erwartet werden dann auch

Empfehlungen zu persönlichen Konsequenzen, mit welchen sich der erste Teil des Berichtes jetzt zurückgehalten hatte.

Ob Olmert die nächste Zeit bis zur Veröffentlichung des zweiten Teils des Winograd-Berichts politisch überlebt, ist von verschiedenen Faktoren abhängig:

1. Koalition: Die Stabilität der Koalition wird im Moment vor allem durch die Arbeitspartei in Frage gestellt. Verteidigungsminister Peretz wird aus den eigenen Reihen enorm unter Druck gesetzt zurückzutreten. Es selbst hat noch keine endgültige Entscheidung dazu getroffen. Am 28. Mai 2007 finden die Vorwahlen um den Vorsitz der Arbeitspartei statt, bei denen seine Chancen noch weiter schwinden würden, sollte er zurücktreten. Als Favoriten für den Vorsitz gelten der frühere Premierminister Ehud Barak und der ehemalige Geheimdienstchef Amy Ayalon. Sollte die Arbeitspartei aus der Koalition aussteigen, hat sich Olmert für diesen Fall schon die Unterstützung der ultraorthodoxen Partei UTJ (Vereinigtes Tora Judentum) gesichert, welche die Koalition von außen sichern würde.

Keine Partei der Koalition kann zudem an Neuwahlen interessiert sein – alle Parteien würden nach neuesten Umfragen an Sitzen verlieren. Allein der Likud, der nicht der Koalition angehört, würde von Neuwahlen profitieren und nach Umfragen auf bis zu 37 Sitzen kommen.

2. Fraktion: Die Kadima-Fraktion unterstützt Olmert noch mehrheitlich, auch wenn der Fraktionsvorsitzende Itzhaki erst den Rücktritt Olmert forderte und dann selbst zurücktrat. Auch einzelne Abgeordnete haben den Rücktritt Olmerts in den letzten Tagen gefordert. Die Abgeordneten können jedoch keinerlei Interesse an Neuwahlen haben, da insbesondere für die Kadima die Anzahl der Sitze massiv schrumpfen dürfte.

Sollte Olmert zurücktreten und eine neue Regierung unter Kadima-Führung gebildet werden, käme als Alternative zu Olmert Außenministerin Tsipi Livni, aber auch Vize-Premier Shimon Peres in Frage.

Tzipi Livni hatte ebenso den Rücktritt Olmerts gefordert, dies allerdings nicht mit einem Ultimatum und dem eigenen Rücktritt verbunden. Möglicherweise hatte sie gehofft, von Olmert entlassen zu werden und damit zur Märtyrerin zu werden. Olmert hat sie zunächst nicht entlassen und wird darüber erst in einigen Tagen entscheiden. Möglicherweise wird er sie halten und damit auch disziplinieren. Ihre eher unentschlossene Haltung hat sie deutlich geschwächt. Außerdem hatte sie bisher die Parteiarbeit völlig vernachlässigt, weshalb ihr jetzt die notwendige Unterstützung fehlt. Die Aussichten, dass sie als Übergangs-Premierministerin fungieren könnte, sind weit geschwunden. Nach wie vor ist sie aber sehr beliebt. Mit Livni an der Spitze würde Kadima bei Neuwahlen mehr Stimmen erhalten als mit jedem anderen Kandidaten, allerdings nach aktuellen Umfragen bei weitem nicht an den Likud heranreichen.

Shimon Peres hat zwar ein mögliches Amt als Übergangs-Premierminister abgelehnt, weil er seinen Anspruch auf das Präsidentenamt nicht schmälern möchte. Theoretisch kann er auch nach einer Zeit als Übergangs-Premierminister in den nächsten Monaten auch noch Präsident werden.

Er wäre zudem ein guter Kandidat als Premierminister, weil die Koalition so im Wesentlichen erhalten bleiben könnte. Möglicherweise würde Israel Beteinu unter Avigdor Lieberman aussteigen, dafür wäre nicht unwahrscheinlich, dass sich die links-liberale Meretz anschliesse.

Kandidaten wie dem ehemaligen Generalstabschef Shaul Mofaz und dem Minister Meir Shitreet werden kaum Chancen als Übergangs-Premierminister ausgerechnet.

Derzeit sieht es aber nicht nach einem Rücktritt von Olmert aus.

3. Öffentliche Meinung: Olmert war schon vor der Veröffentlichung des Winograd-Berichts auf einen Tiefpunkt bei der öffentlichen Meinung gesunken. In den letzten Wochen hatte er weniger als 3 Prozent Unterstützung. Dies lag einerseits an dem erwarteten Ergebnis des Winograd-Berichts, aber auch daran, dass Olmert keine klare politische Perspektive weder für innen- noch für außenpolitische Fragen entwickelte. Wesentlich war aber auch, dass ein beachtlicher Teil der Regierungsmitglieder in Skandale verwickelt ist. Justizminister Ramon und Finanzminister Hirschsohn – ein enger Vertrauter Olmerts – sind in den letzten Wochen aufgrund von Skandalen bereits zurückgetreten.

Auch Olmert selbst steht wegen einer Reihe von Untersuchungen, welche gegen ihn eingeleitet wurden oder demnächst wahrscheinlich eingeleitet werden unter hohem Druck:

- Privatisierung Bank Leumi: als Finanzminister habe Olmert Einfluss auf das Vergabeverfahren zugunsten von zwei Geschäftsfreunden von ihm genommen
- Staatliches Investmentzentrum: Einflussnahme Olmerts für einen Sonderstatus und staatliche Unterstützung zum Bau einer Fabrik in Dimona zugunsten einer Firma, welche beim Ausschreibungsverfahren durch einen engen Freund und ehemaligen Geschäftspartner Olmerts repräsentiert wurde
- Politische Besetzungen in der Behörde für Klein- und Mittelständische Unternehmen in der Zeit als Industrie- und Handelsminister
- Privathaus in der Cremieux-Straße: Begünstigung eines Bauunternehmers, welcher ihm als Gegenleistung das Haus für 320.000 US-Dollar unter Marktwert verkaufte.
- Weitere Immobilien: Verdacht, dass er ein weiteres Haus in Jerusalem 250.000 US-Dollar über dem Marktwert verkaufte und ein Haus in Tel Aviv 100.000 US-Dollar unter Wert kaufte.
- Besetzung von drei hochrangigen Stellen beim staatlichen Telekomunternehmen Besek mit Mitgliedern des Likud-Zentralkomitees

Eine alle politischen Richtungen in Israel umfassende Demonstration am 3. Mai in Tel Aviv, welche als entscheidendes Indiz für die öffentliche Haltung gegenüber Olmert nach dem Bericht des Winograd-Berichts gesehen wurde, hat fürs erste nicht dazu geführt, dass Olmert aufgrund öffentlichen Drucks zurücktritt. Es haben ca. 100.000 Demonstranten teilgenommen, was noch nicht als kritische Masse gesehen wird. In aktuellen Umfragen fordern 65 Prozent den sofortigen Rücktritt Olmerts.

4. Regierungspolitik: Sollte Olmert die Veröffentlichung des ersten Winograd-Berichtes zunächst politisch überleben, kommt spätestens mit der Veröffentlichung des zweiten Teils Ende Juli/Anfang August eine erneute große Prüfung auf ihn zu. Diese kann er wohl nur dann bestehen, wenn er

neue politische Initiativen – etwa zum Konflikt mit den Palästinensern - entwickelt, welche die Ergebnisse des zweiten Teils des Winograd-Berichtes in seiner politischen Bedeutung relativieren könnten. Bisher hat es keine Fortschritte mit den Palästinensern gegeben. Bei den nun vereinbarten und regelmäßig stattfindenden Gesprächen zwischen Premierminister Olmert und Palästinenserpräsident Abbas wurden bislang nur humanitäre und sicherheitsrelevante Fragen diskutiert. Ein Gespräch über einen „politischen Horizont“, d.h. Fragen des Endstatus', lehnte Olmert bislang ab. Die Hamas hat inzwischen den Waffenstillstand de facto aufgekündigt und beschießt aus dem Gazastreifen den Süden Israels mit Qassamraketen. Zeitweise hatte sich die Situation so verschärft, dass eine größere israelische Militäraktion in Gazastreifen nicht ausgeschlossen werden konnte. Mit einer nachhaltigen Entspannung ist derzeit nicht zu rechnen. Auch der im vergangenen Juli entführte Soldat Gilad Shalit ist noch nicht wieder frei.

Außerdem hat Olmert zwar die Saudische Initiative positiv als Gesprächsgrundlage kommentiert und den saudischen König zu einem Gespräch eingeladen. Allerdings sehen die arabischen Staaten diese Initiative nicht als Gesprächsangebot, sondern bestehen weiter auf einer vollständigen Umsetzung dieser Initiative. Israel kann das starre Festhalten an den Grenzen von 1967 (ohne Landtausch) und das prinzipielle Rückkehrrecht von palästinensischen Flüchtlingen nach Israel nicht akzeptieren.

Sollte es keine Fortschritte im Ausgleichsprozess mit den Palästinensern und den arabischen Staaten geben, wird Ehud Olmert wohl spätestens den zweiten Teil des Winograd-Berichts politisch nicht überleben – auch wenn Fortschritte keineswegs nur in seiner Hand liegen.

Dr. Lars Hänsel, 4. Mai 2007, 14.00Uhr